

Wie geht man bei der *Fuzzy Democracy* wählen?

I. Wählen *à la carte*

Bei der *Fuzzy Democracy* gibt es keine Parteien mehr, daher auch keine Parteilisten, und nicht einmal Wahlkreise. Da sich jeder, der mehrere hundert Unterschriften sammeln und eine bescheidene Kautions hinterlegen kann, zur Wahl stellen kann, entsteht eine unübersichtliche Menge an Kandidaten. Der Wahlzettel wäre meterlang. Wie kann man sich unter den Tausenden da zurechtfinden, zumal die Werbung stark eingeschränkt werden soll?

In anderen Ländern wird zunehmend ohnehin in den Wahllokalen elektronisch gewählt und es wird im digitalen Zeitalter ohnehin vieles möglich, das früher unpraktisch war. Den meterlangen Wahlzettel braucht man nicht mehr. Wenn man zur Urne - d.h. zum abgeschirmten Bildschirm - geht, muss man schon wissen, wen man wählen will. Auch wenn tausende Kandidaten dargeboten werden, findet man in Sekunden den seinen.

Man kann sich bei der Suche nach dem passenden Kandidaten mehr oder weniger Mühe geben je nach dem, welche Ansprüche man stellt. Zwar gibt es keine Wahlkreise im strengen Sinne mehr, die Kandidaten haben natürlich trotzdem weiterhin einen Wohnort oder sonst einen Bezug zu einem Landeskreis. Man kann folglich sich zunächst bei den Kandidaten, die geografisch in der Nähe angesiedelt sind, umschauen. Für diese kann auch nach traditioneller Art - zum Beispiel durch Wurfsondungen - geworben werden.

Man kann sich bei der *Fuzzy Democracy* aber sonst nach Kandidaten anhand anderer Kriterien umschaun. Hat man einen positiven Bezug zu (oder Eindruck von) den Angehörigen einer bestimmten Berufsgruppe oder Altersgruppe oder religiösen Konfession oder sexuellen Orientierung oder pi oder pa oder po, so kann man - im Internetzeitalter - Kandidaten aus diesen Ecken leicht identifizieren, sich detailliert informieren und eine Entscheidung fällen. (Voraussetzung ist, dass entsprechende Organisationen keine Ersatzparteien mit Programmen bilden.)

Wenn man noch immer nicht fündig wird, kann man weiter suchen, oder den Empfehlungen von Freunden und Geistesgefährten nachgehen. Wer die Möglichkeiten vollständig erschöpfen will, sucht sich natürlich den Kandidaten aus, dessen Meinungsbild und Charakter am besten passt, und sei er am anderen Ende des Landes in einem fremden Beruf und teilt er sonst wenig Ähnlichkeit mit dem Wähler.

Das erste Prinzip der *Fuzzy Democracy* besteht ja darin, dass jeder für einen Kandidaten wählen kann, von dem er weitestgehend überzeugt ist. Das ist stark anders als bei der Parteiendemokratie, bei der die meisten Bürger diejenige Partei wählen, die sie für den kleineren Übel halten: Man muss sich immer für ein Paket entscheiden, auch wenn man viele Programmpunkte oder gar Personen kategorisch ablehnt. (So wird auch sonst überall Macht ausgeübt, indem die Schwächeren ihre Wahlmöglichkeit eingeschränkt bekommen. Nachher behaupten arrogante Berufspolitiker, eine demokratische Legitimation errungen zu haben, denn man hat angeblich für sie gewählt.)

Es entsteht bei der Auswertung der tausendfachen Wahlergebnisse doch ein Problem, das sich aber leicht lösen läßt. Bestimmte Kandidaten erhalten besonders viele Stimmen, einfach weil sie in der Öffentlichkeit allseits bekannt sind. Andere Kandidaten wiederum erhalten verhältnismässig wenige Stimmen, obwohl sie hinsichtlich Programm, Charakter und Urteilsvermögen sich von ihren bekannten Mitstreitern kaum unterscheiden.

Es findet daher eine Umverteilung der Stimmen statt. Um als Kandidat durchzukommen, muss man eine vorbestimmte Anzahl an Stimmen gewinnen, aber nicht mehr. Die überschüssigen Stimmen darf jeder erfolgreiche Kandidat an Mitstreiter abgeben, denen Stimmen fehlen.

II. Kur für den Kuhhandel

Das zweite Prinzip der *Fuzzy Democracy* ist die Bekämpfung des Kuhhandels. In einer demokratischen Diskussionskultur müssen Entscheidungen möglichst offen nach reichlicher Überlegung anhand von gültigen Argumenten und Tatsachenberichten gefällt werden. Somit stehen die Entscheidungen für den Tausch von Gefälligkeiten nicht zur Verfügung. Ein fataler Fehler des Systems der politischen Parteien besteht in der Praxis, Positionen und Meinungen nicht aus Überzeugung zu vertreten, sondern weil dies opportun erscheint, um die Unterstützung von Verbündeten bei ganz anderen Themen zu erlangen. Dass diese Praxis im Verborgenen abspielt, macht sie nur noch verwerflicher.

Der Kuhhandel lässt sich wohl niemals ganz unterbinden, so wenig wie sonst die Korruption ganz auszutreiben ist. Es werden sich im übrigen einige ehrgeizige Menschen immer zur Wahl stellen, die ihre Standpunkte so verschnürt haben,

dass sie bei den Naiven ankommen und bei Wahlerfolg das eigene Selbstbild schmeicheln, oder schlimmeres. Möglich ist aber, diesen Hochstaplern viele Steinen im Wege zu legen anstatt, wie auf kurz oder lang bei jeder Partei geschieht, den Kuhhandel zum Alltag oder es dem Drahtziehen leicht zu machen.

Die Übertragung der Überschußstimmen könnte den ersten Schritt in einem Austausch von Gefälligkeiten darstellen, sie muss dies aber nicht sein. Die Wähler haben darüber zu wachen, dass möglichst nur Vertreter hoher Integrität im Spiel bleiben. Die Übertragung findet im Offenen statt. Absprachen zwischen Kandidaten und Vertretern sind zu ächten.

In einigen herkömmlichen Wahlverfahren erhält der Wähler eine Alternativstimme für den Fall, dass seine Erststimme aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht greift. Es gibt viele denkbare und auch praktizierte Gestaltungen. Hier wäre insbesondere das Abhalten einer zweiten Runde zu nennen, wie zum Beispiel bei der Präsidentenwahl in Frankreich.

Bei der *Fuzzy Democracy* sieht das umgekehrt aus, da nicht der ursprüngliche Wähler sondern der Gewählte über die Vergabe der sonst verloren gegangenen Stimmen entscheidet. Dieses Verfahren ist auch sachlich begründbar. Die meisten Wähler wären bei der Umverteilung der Stimmen überfordert. In anderen Lebensbereichen auch sind wir auf das Urteil der Mitmenschen angewiesen, die wir halbwegs kennen und sich eher als wir mit einer Sache befasst haben. Und letztlich wird von den politischen Parteien dieses Prinzip unter der Hand schon seit eh und je praktiziert.

Die historisch erfolgreichste Errungenschaft der menschlichen Zusammenarbeit, nämlich die Naturwissenschaft, funktioniert strukturell ähnlich. Auch dort findet keine direkte Abstimmung ab, sondern eine langsame Konsensfindung in der Art, dass die größere Kompetenz einiger Wenigen von den Vielen anerkannt wird und zwar auf verschiedenen informellen Stufen, die auf eine grobe Hierarchie hinauslaufen.

Es könnte der Einwand gebracht werden, dass mit der Übertragung der Überschußstimmen quasi Ersatzparteien entstehen. Der Einwand hat etwas, aber nicht viel, für sich. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob sich Gleichgesinnte in einem transparenten Rahmen informell und zwangslos zueinander finden, oder aber eine feste aber undurchsichtige Struktur dafür sorgt, dass neue bzw. radikale Ideen und Zusammensetzungen von Ideen gleich im Keim erstickt und Andersdenkende ausgegrenzt werden.

Mit dem Verbot der Parteien soll keineswegs verhindert werden, dass eine lose Aufgabenverteilung oder Zuarbeit unter Gleichgesinnten stattfindet. Es dürfen in der Diskussionskultur selbstverständlich weiterhin - oder eher verstärkt - *Think Tanks* (d.h. Institute, die sich mit den Hintergründenanalysen für bestimmte politische Ideen befassen) mitwirken. Die Parteidisziplin ist aber dann endgültig weg, und somit wird der Weg freigemacht, festgefahrene (und letztlich aussichtslose) Denkweisen aufzulösen.

Es kommt im übrigen eine andere Menschengattung nach vorne. Weniger die Menschen, die sich in Männergesellschaft hervortun. Weniger die Menschen, die sich bei den einen

anbiedern, dafür aber die anderen bevormunden. Weniger die Menschen, die in zeitaufwendigen Verschwörungen und Manipulationen geübt sind, aber sonst wenig nachgedacht haben. Weniger die Menschen, die aus Selbstsucht bei der Sache sind; und dafür welche, die sich - nicht nur dem Worte nach - um die fernere Zukunft und den Zusammenhalt der Gesellschaft Sorgen machen.

III. Verfeinerungen

Diese Vorschläge bieten neue und überzeugend demokratische Strukturen für postmoderne Gesellschaften. Die Situationen in den einzelnen Ländern sind verschieden. Zum Teil hat man mit enorm festgefahrenen Strukturen und Klüngeln zu tun, gegen die nur radikale Mittel nutzen.

An dieser Stelle wird es ein wenig, aber nicht übermässig, kompliziert. Bei der Umverteilung der Überschußstimmen habe ich etwas vereinfacht. So wäre aus Vereinfachungsgründen zu überlegen, dass Kandidaten mit ganz wenigen Stimmen von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen werden. Trotzdem - je nach dem, wie diese Untergrenze gesetzt wird - könnte die Umverteilung unübersichtlich werden, und damit entstünde denkbar die gesteigerte Gefahr einer Manipulation.

Das Problem - aber zugleich die Lösung - liegt in der großen Zahl der Kandidaten. Man könnte diese Zahl künstlich verringern, indem man die Mindestzahl der errungenen Erststimmen hoch ansetzt. Denkbar wäre auch, dass die Überschußstimmen mehr als einmal umverteilt werden; oder dass Kandidaten mit geringer Stimmenzahl ihre Stimmen nach oben befördern, anstatt umgekehrt.

Das würde den Umstand berücksichtigen, dass man nur spekulativ den Ausgang einer Stimmenumverteilung kennen kann. Ein fataler Fehler des mehrfachen Ausleseprozesses besteht darin, dass der Kandidat womöglich seine Stimme nicht aufgrund der ureigenen Überzeugung um die Qualität des verbündeten Kandidaten plaziert, sondern aufgrund seiner Erwartungen, wie Andere wählen werden. Oder überhaupt im Sinne einer Signalwirkung.

Wir hätten es hier mit einer Abwandlung des Kuhhandels zu tun. Die Gefahren sind wohl je nach Land und Tradition verschieden. Damit kommen wir zu einem dritten und vierten Prinzip der *Fuzzy Democracy*:

Die Bürger sollen nur Kandidaten wählen, denen sie Integrität und Kompetenz zuerkennen. Die Einengung in den derzeitigen Systemen lässt dies selten zu. Man denke, als auffälligstes Beispiel, daran, wie einmal in Frankreich man zuletzt nur die Wahl zwischen einem Kriminellen und einem Faschisten hatte.

Die gewählten Kandidaten sind nachher eigenverantwortlich: sie sind keiner Partei verpflichtet, nur dem eigenen Wissen und Gewissen.

Bei der Volksvertretung als Gesamtes herrscht ein anderes Prinzip: diese soll nämlich ein Meinungsbild der Gesamtbevölkerung wiedergeben. Die Abbildung eines *genauen* Meinungsbild ist praktisch und eigentlich auch theoretisch unmöglich. Ein Vertreter ist auch kein Delegierte, der nur Anweisungen ausführt, sondern einer, der bei Abstimmungen und Aussagen das ureigene Urteil einbringt.

Deshalb heißt es überhaupt *Fuzzy Democracy*: Die *Nahezu-Demokratie* mit den eigenen unvermeidlichen kleinen Verzerrungen ist jederzeit der Parteiendemokratie des falschen Konsenses und der faulen Kompromisse vorzuziehen.

Wenn einmal dieses Prinzip - oder eher diese Einsicht - akzeptiert wird, kann man bei der Auswahl der Volksvertretung einen Schritt weiter gehen. Anstelle einer mehrstufigen Umverteilung von Wählerstimmen macht man einen Schnitt: Es findet eine Zufallsauswahl statt. Drei Überlegungen sprechen dafür.

Zum einen verhindert - oder erschwert zumindest - das Zufallselement den Kalkül, der jedem Kuhhandel vorausgeht. Zum anderen reduziert man die übermäßige Menge der Volksvertreter auf eine übersichtliche Zahl (z.B. drei bis vier hundert). Das ist wichtig, damit echte Debatten stattfinden und jeder gelegentlich ausreichend lang sprechen kann. Dieser Umstand besteht bei dem Europäischen Parlament zum Beispiel absolut nicht, das dementsprechend eher einer Clownerei gleichkommt.

Man könnte zwar das zweite Ziel der Eingrenzung der Zahl der Volksvertreter auch dadurch erreichen, dass erheblich mehr Stimmen als Mindestgrenze gesetzt werden, damit aber würde man die Wichtigkeit - und vielleicht die Wichtigtuerei - der einzelnen Vertreter vergrößern. Ein Kernproblem nicht nur der Politik besteht darin, dass es denjenigen, die nach Posten streben, häufig ausgerechnet an den charakterlichen Qualitäten mangelt, die für die Posten erforderlich wären. Es fehlt ihnen immer wieder zum Beispiel an Bescheidenheit. Die Selbstüberschätzung ist vielleicht überhaupt das

Hauptlaster unserer Zeit. Bei einer Zufallsauswahl wird zur Schau getragen, dass man seinen Posten nur zum Teil selbst verdient hat. Der Posten ist vielmehr als ein Privileg zu verstehen, mit dem schwere Verantwortung einhergeht.

Es wäre überhaupt zu überlegen, dass die bewusste Einführung von Zufallselementen etliche Fehlentwicklungen korrigieren könnte. Es wird gerne bei einem Auswahlverfahren davon gesprochen, dass der beste Kandidat für einen Posten (z.B. höhere Arbeitsstelle, Amt oder Vorstand) gesucht wird, und jeder findet dies selbstverständlich. Tatsächlich aber, auch wenn sich irgendwann in der Zukunft herausstellen sollte, wer der beste Kandidat gewesen wäre, so kann man das in der Gegenwart meist zuverlässig kaum erkennen. So präzise lässt sich bei der Vielzahl der relevanten Eigenschaften das Maß der Menschen nicht nehmen. Wir haben es hier wieder mit einer Entgleisung unserer Zeit zu tun, nämlich mit dem Wahn, alles präzise messen zu wollen und zu können.

Zwischenbemerkung: Durch die verbreitete Einführung des Zufallselements würde man die lästige Debatte um die Frauenquote beilegen können. Hat man einmal die Kandidatenliste für den Posten im Vorstand oder sogar den Posten als Vorsteher auf die besten sieben (z.B. vier Männer und drei Frauen) eingegrenzt, so quält man sich nicht weiter: Man lässt den Zufall entscheiden. Damit kämen mit der Zeit andere Männer und auch zahlreiche Frauen nach oben, die unter Umständen alles besser als die alteingesessenen Typen können, außer sich verkaufen. Niemand mehr wäre Quotenfrau oder Quotenmann.

Angesichts der großen Auswahl an Kandidaten und der möglichen Ausscheidung von erfolgreichen Kandidaten durch den Zufallsauswahl wäre für die große Abstimmung über die Zusammensetzung der Volksvertretung zu überlegen, ob man nicht mehr als ein Stimmrecht erhalten sollte, zum Beispiel, drei. Somit müsste man sich nicht ggf. abquälen, welchen von zwei gleich guten Kandidaten man wählen sollte.